



MORITZ PROMNY

Mitglied des Hessischen Landtages

Stadtelternbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden
1. Vorsitzende und Schulformsprecherin Gymnasien
Frau Isabel Buchberger
Tannenring 56
65207 Wiesbaden

Wiesbaden, 24. August 2023

MORITZ PROMNY

Mitglied des Hessischen Landtages

Vorsitzender des Sozial- und
Integrationspolitischen Ausschusses

Mitglied des Kulturpolitischen
Ausschusses

Sprecher für Bildungspolitik der
Fraktion der Freien Demokraten

Schlossplatz 1 – 3
65183 Wiesbaden

Telefon +49 611 350 – 695
m.promny@ltg.hessen.de

moritzpromny.de

Sehr geehrte Frau Buchberger,

vielen Dank für Ihre E-Mail vom 23. Juli 2023 und Ihre Nachfrage zu politischen Haltungen und Vorhaben im Bildungsbereich im Zuge der Landtagswahl 2023.

Ihre Fragestellungen werde ich gerne als Sprecher für Bildungspolitik der Freien Demokraten im Hessischen Landtag folgendermaßen beantworten:

Wir Freie Demokraten wollen das Recht auf Bildung in der Verfassung verankern und darüber hinaus bildungspolitische Schwerpunkte bei der Bekämpfung des Lehr- und Fachkräftemangels, der Vermittlung von Zukunftskompetenzen und der Modernisierung von Lerninhalten sowie der Stärkung der beruflichen Bildung legen.

Wir Freie Demokraten stehen für eine solide Haushaltspolitik und eine Politik, die rechnen kann. Für uns ist klar: Die Bildung von Kindern und Jugendlichen hat Priorität. Wir wollen daher die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung stellen, um in unsere Zukunft stärker zu investieren.



I. Lehrkräftemangel

Der akute Lehrkräftemangel und die verheerenden Prognosen für die kommenden Jahrzehnte lassen Eltern um die Zukunft ihrer Kinder bangen. Für das Jahr 2025 wird mit ca. 2.5000 - 30.000 fehlenden Lehrkräften in Deutschland gerechnet, danach gehen die Schätzungen auseinander und prognostizieren schwindelerregende ‚Versorgungslücken‘. Besonders betroffen sind die Grundschulen und bestimmte ‚Mangelfächer‘. Fächer wie Musik, Kunst und Sport werden zu Gunsten von Hauptfächern schon als ‚verzichtbar‘ gehandelt...

Wie konnte es zu einer solchen katastrophalen Situation kommen, obwohl wir auf gut ausgebildete junge Menschen angewiesen sind? Schließlich ist die Hochschulausbildung ebenfalls Ländersache. In den Schulen braucht es nicht nur Lehrkräfte, sondern Menschen ganz verschiedener Professionen.

- 1. Wann und in welcher Höhe erhöhen Sie den hessischen Bildungshaushalt?*
- 2. Welche Bereiche werden Sie zu Gunsten der Bildung reduzieren?*
- 3. Wie schaffen Sie kurzfristig mehr Lehramtsstudienplätze an hessischen Hochschulen?*
- 4. Wie reformieren Sie das Lehramtsstudium und machen es attraktiver?*
- 5. Wie verhindern Sie hohe Abbrecherquoten?*
- 6. Welche Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung werden Sie anstoßen?*
- 7. Wie qualifizieren Sie Quereinsteiger*Innen für den Lehrberuf?*
- 8. Wie schaffen Sie in den Schulen Arbeitsbedingungen, die Schulleitungen und Kollegien nicht zum Aufgeben treiben?*



9. *Wie finanzieren Sie die dringend benötigten ‚multifunktionalen Teams‘ in den hessischen Schulen, von IT – Beauftragten, über Schulsozialarbeiter*Innen bis zur Gesundheitsfachkraft?*

10. *Was tun Sie hinsichtlich der Entfristung von Lehrkräften (Stichwort TV-H Verträge)?*

11. *Wie stellen Sie zukünftig eine verlässliche Planung bei der Lehrkräfteversorgung sicher?*

Der Lehrkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen unseres Bildungssystems. Die Anzahl der Studienplätze muss auf Grundlage einer transparenten Lehrkräftebedarfsplanung kontinuierlich und bedarfsgerecht angepasst werden. So hätte man dem Mangel schon vor Jahren entgegenwirken können.

Wir wollen das Lehramtsstudium zukunftssicher aufstellen und fordern eine Regelstudienzeit von zumindest neun Semestern für alle. Darüber hinaus braucht es eine detaillierte Aufarbeitung der Gründe für Studienabbrüche und Studienwechsel. So können geeignete Maßnahmen entwickelt werden, damit mehr Studierende auch in den Schulen ankommen. Für die zahlreichen Quereinsteiger/innen braucht es flexible Angebote zur Nachqualifizierung, die für Menschen in verschiedenen Lebenslagen attraktiv sind. Dazu gehört der Ausbau berufsbegleitender Programme und eine angemessene Vergütung. Zugänge sollten diversifiziert und flexibilisiert und die Anerkennung der Qualifikationen ausländischer Lehrkräfte vereinfacht und beschleunigt werden. Die Sommerferienlehrerarbeitslosigkeit von befristet beschäftigten Lehrkräften wollen wir beenden.

Lehrkräfte sind Expertinnen und Experten für die Bildung unserer Kinder. Ein modernes Schulsystem kann es sich nicht leisten, dass wertvolle Zeit für Bürokratie verschwendet wird. Durch den Einsatz von nicht-pädagogischen Fachkräften wie



Schulverwaltungs- und IT-Fachkräften sowie die Überprüfung von Dokumentations- und Berichtspflichten schaffen wir Freiraum für die Kernaufgaben.

Wir wollen Fortbildungsmöglichkeiten stärken, eine/n Fortbildungsbeauftragte/n an jeder Schule etablieren und das Fortbildungsbudget erhöhen. Auch um die Bereitschaft der Lehrkräfte, an Fortbildungen teilzunehmen, weiter zu steigern, sollen Leistungsanreize im Dienstrecht geschaffen bzw. genutzt werden.

II. Bildungsgerechtigkeit und Schulreformen

In kaum einem anderen Land hängt der Bildungserfolg eines Kindes so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. In Sachen Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit kommt auch Hessen nicht voran. Die Segregation beginnt bereits in den Grundschulen. Hinzu kommt, dass sich immer mehr Eltern für eine Schule in privater Trägerschaft entscheiden. Jährlich verlassen bundesweit 50.000 Jugendliche die Schulen ohne Abschluss.

- 1. Wenn Ihre Fraktion an der Landesregierung beteiligt würde – was wäre ein Reformprojekt an den Schulen, das Sie auf jeden Fall auf die Tagesordnung setzen würden?*
- 2. Wie steht Ihre Partei zum dreigliedrigen Schulsystem und zum frühen Übergang der Schüler*Innen in eine der drei Schulformen?*
- 3. Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die IGS (Integrierte Gesamtschule)?*
- 4. Was sind Ihre Pläne, um die Bildungschancen aller Kinder zu gewährleisten? Gehört die gebundene Ganztagschule dazu? Wenn ja, wie sorgen Sie für eine ausreichende Anzahl von Lehrkräften?*



Wir Freie Demokraten stehen für ein Schulsystem, das so vielfältig ist wie unsere Kinder. Ein eingliedriges Schulsystem ist nicht automatisch chancengerechter. Mit der Stärkung der individuellen Förderung, einer am Kind orientierten Bildungspolitik und der Sicherstellung der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen und Bildungsgängen machen wir Chancengerechtigkeit zum Leitmotiv der Bildungspolitik.

Grundlage für ein Bildungssystem, das jedem Kind mit seinen Stärken und Fähigkeiten gerecht wird und die Bildungsgerechtigkeit stärkt, ist eine datengestützte Schulentwicklung, die wir konsequent umsetzen wollen. Dabei müssen Daten nicht nur erhoben, sondern auch ausgewertet und hieraus ableitbare Erkenntnisse umgesetzt werden. "Data rich and information poor" gilt es zu beenden. Ganztagsangebote stärken die Chancengerechtigkeit und verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir fordern daher einen flächendeckenden Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote. Hier muss auch das Land seiner Verantwortung endlich nachkommen, insbesondere bei der Erstellung eines Ausbauplans. Gleichzeitig gilt die Wahlfreiheit auch am Nachmittag. Die Bedürfnisse von Familien sollten bei der Gestaltung ganztägiger Angebote mitberücksichtigt werden.

III. Schulsozialarbeit und Berufsvorbereitung

Schulsozialarbeit und Berufsvorbereitung sind wichtige Voraussetzung für den Lernerfolg in allen Schulformen. Bildungsprozesse gelingen häufig nur mit Unterstützung. Es geht um den Abbau von Benachteiligungen und um Bildungschancen für alle Kinder und Jugendliche. 700 UBUS-Stellen landesweit, davon viele unbesetzt, oft ‚gestückelt‘ auf verschiedene Schulen, reichen nicht.

- 1. Welchen Schlüssel ‚Anzahl Schulsozialarbeiter / Schüler‘ sehen Sie als notwendig an?*



2. *Sehen Sie die Schulsozialarbeit als ‚Landesaufgabe‘ und wie finanzieren Sie den Ausbau der Schulsozialarbeit in allen hessischen Schulen?*
3. *Setzen Sie sich für die rechtliche Absicherung und eine kontinuierliche Finanzierung der Schulsozialarbeit ein?*

Multiprofessionelle Teams entlasten Lehrkräfte, stärken die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler und bereichern den Schulalltag. Dies gilt für ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote in besonderem Maße. Wir sehen die Aufgabe, die das Land auch im Bereich der Sozialarbeit an Schulen hat. Die beiden derzeit vorhandenen Angebote - UBUS und "echte" Schulsozialarbeit - gilt es gut zu verzahnen, um Reibungsverluste zu vermeiden.

Die Einbindung der Schulsozialarbeit in eine landesgesetzliche Regelung wollen wir prüfen.

IV. Schulpsychologie

Die personelle Ausstattung der Schulpsychologie in Hessen ist erschreckend. In Hessen gibt es nur 120 Planstellen. Damit kommen auf eine Schulpsychologenstelle circa 6.300 Schüler*Innen (statt 2.500, wie es die WHO empfiehlt).

Der Bedarf ist jedoch nicht zuletzt wegen Corona stark gestiegen. Fluchterfahrungen, kriegerische Auseinandersetzungen in Europa, soziale und familiäre Zerwürfnisse etc. belasten Kinder zunehmend so, dass sie mit diesen Problemen nicht allein fertig werden.

1. *Beurteilt Ihre Fraktion dies als wichtiges Thema für die Schulen und, falls ja, wie könnte Ihrer Meinung nach eine bessere Versorgung gewährleistet werden?*
2. *Wie stellen Sie sich die Finanzierung zusätzlicher Stellen vor?*



Kinder und Jugendliche haben, nicht zuletzt verstärkt durch die Auswirkungen der Coronakrise, zunehmend mit psychischen Belastungen zu kämpfen.

Die Ausstattung der Schulpsychologie, bei der ca. 6.300 Schülerinnen auf einen Schulpsychologen bzw. eine Schulpsychologin kommen, ist aus unserer Sicht unzureichend und sollte verbessert werden.

Darüber hinaus fordern wir eine landesweite Kommunikationsstrategie, die bei auftretenden psychischen Notsituationen schnelle Orientierung bietet, direkte Hilfsangebote aufzeigt und nutzbar macht. Hierzu gehört auch eine verständliche Prozessbeschreibung für den Ablauf und die Inanspruchnahme von schulinternen und externen Unterstützungs- und Beratungsangeboten. Fortbildungsangebote für Eltern, Lehrkräfte, Schulleitungen, Erzieher und weiteres an Schule eingesetztes pädagogisches Personal sind einzurichten.

Gerade die Schulpsychologie übernimmt darüber hinaus auch die Aufgabe, Lehrkräfte zu begleiten. Eine erschreckend große Anzahl von ihnen erlebt Angriffe im Kontext Schule. Auch hier müssen Beratungs- und Unterstützungsangebote ausgebaut werden.

V. Ganztagsbetreuung in der Grundschule

Wie ernst meinen es Bund und Ländern mit der gesetzlich garantierten Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern? Es geht um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber umso mehr auch um Bildungschancen von Kindern aus Familien mit geringen Ressourcen für Hausaufgabenunterstützung, kultureller Bildung und Sport.

Es geht um die Finanzierung des Rechtsanspruches ab 2026 und um eine nachhaltige Initiative zur Personalgewinnung. Die Qualität der Nachmittagsbetreuung darf jedoch nicht auf der Strecke bleiben. Schon heute werden in der Betreuung



hauptsächlich pädagogisch nicht ausgebildete Kräfte eingesetzt.

- 1. Wie soll die gesetzlich verbrieft
Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab 2026
sichergestellt werden?*
- 2. Was tun Sie konkret, um genügend Fachkräfte zu
gewinnen, Quereinsteiger zu gewinnen und weiter
zu qualifizieren?*
- 3. Wie unterstützen Sie die Städte und Kommunen bei
der Bereitstellung von schul- und wohnortnahen
Räumlichkeiten für die Nachmittags- und
Frühbetreuung?*

Wir Freie Demokraten sehen den Fachkräftemangel, aber auch die strategischen Lücken bei der Bedarfserhebung und der Erstellung eines Ausbauplans mit Blick auf den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung kritisch. Ein Kampf um die bereits knappen Fachkraftressourcen muss unbedingt vermieden werden.

Dem Land kommt insbesondere die Aufgabe zu, Ausbaustand und Bedarfe zusammenzuführen und auf dieser Grundlage einen Ausbauplan zu entwickeln, damit der Rechtsanspruch in Hessen überall erfüllt wird. Dabei wollen wir nicht nur auf den Pakt für den Nachmittag setzen, sondern auch die weiteren Profile, die die Vorgaben des Rechtsanspruchs erfüllen, bedarfsgerecht stärken.

Neben der Quantität muss der Schwerpunkt auf einer hohen Qualität der Angebote liegen. Dabei braucht es unter anderem klare Vorgaben zur Qualifikation des eingesetzten Personals. Auch die Einbindung von Verbänden, Vereinen, Organisationen und außerschulischen Lernorten für die musische, künstlerische und sportliche Betätigung der Kinder sollte stärker gefördert werden.



VI. Schulverpflegung (Mittagessen)

Gemeinsam zu essen, stiftet Zusammengehörigkeitsgefühl und ist wichtig für den sozialen Austausch und die Klassengemeinschaft. Doch nicht nur das: Ein nicht geringer Teil von Kindern aller Altersstufen erhält zuhause kein gesundes, ausgewogenes Mittagessen. Gerade für diese Kinder ist das Mittagessen in der Schule wichtig.

Vor dem Hintergrund stark steigender Preise verteuert sich mancherorts das Mittagessen in den Schulen erheblich. Die Bezuschussung des Mittagessens ist derzeit stark von den finanziellen Möglichkeiten und den individuellen Prioritäten der Kommunen abhängig.

- 1. Wie soll sichergestellt werden, dass ALLE Kinder und Jugendlichen die Chance auf eine gesunde, bezahlbare Verpflegung in der Schule erhalten?*
- 2. Werden Sie sich für eine Preisobergrenze beim Schulessen und qualitative Vorgaben für das Essensangebot (regional, bio etc.) einsetzen?*
- 3. Werden Sie verpflichtende Vorgaben für die Ausstattung der Schulen mit Frischküchen vorantreiben?*

Aus Sicht der Freien Demokraten ist es wichtig, dass alle Kinder im Rahmen der Schulverpflegung, insbesondere im Ganztage, ausgewogene und nahrhafte Mahlzeiten erhalten. Schulverpflegung leistet so einen Beitrag zu Ernährungs- und Verbraucherbildung sowie zur Gesundheitsförderung.

Gemeinsam mit der "Vernetzungsstelle Schulverpflegung" sollten Schulen dabei unterstützt werden, ein ausgewogenes und für alle Seiten wirtschaftlich tragfähiges Angebot für die Mittagsverpflegung anzubieten. Hierfür bietet der DGE-Qualitätsstandard eine gute Grundlage. Es sollten daher



mehr Schulen dabei unterstützt werden, den DGE-Qualitätsstandard umzusetzen.

Auch die Einrichtung von Frischküchen kann für die Verbesserung des Angebots bei der Schulverpflegung sinnvoll sein.

VII. Digitalisierung und Medienbildung

Nachdem die Pandemie zu Fortschritten in der Digitalisierung an den Schulen geführt hat, steht der weitere Ausbau nun wieder in Frage. Der Bund zieht sich voraussichtlich zu Lasten der Länder aus dem Digitalpakt weitestgehend zurück, was sowohl den weiteren Ausbau als auch bald fällige Ersatzbeschaffungen gefährdet. Hessen hat sich 2022 sogar per Gesetz aus der Finanzierung der digitalen Endgeräte für die Schüler*Innen verabschiedet. Kommunen, die ‚es sich leisten können‘, versuchen nun in Eigeninitiative Leasingverträge mit Eltern auf den Weg zu bringen. Chancengleichheit und gleiche Lernbedingungen für alle Kinder in Hessen werden so nicht gewährleistet.

- 1. Wie soll Ihrer Meinung nach die Digitalisierung der Schulen weiter vorangebracht werden?*
- 2. Wo setzen Sie Schwerpunkte?*
- 3. Werden Sie verbindliche, einheitliche Konzepte für alle Schulen einführen?*
- 4. Beabsichtigen Sie die konzeptionelle und finanzielle Beteiligung des Landes bei der Ausstattung der Schüler*Innen mit digitalen Endgeräten?*
- 5. Sehen Sie in IT-Kräften an Schulen und der Professionalisierung der Medienzentren eine Möglichkeit, die Schulen bei der Digitalisierung zu unterstützen? Und wenn ja, welche Möglichkeiten dafür werden Sie schaffen?*



6. *Wie planen Sie den Ausbau der Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte zum Einsatz digitaler Medien inkl. KI?*
7. *Wann wird Medienbildung fester Bestandteil der Lehrpläne an hessischen Schulen sein?*
8. *Haben Sie bereits Überlegungen zur Anpassung von Curricula und Prüfungsformaten angestellt, um den veränderten Rahmenbedingungen durch KI-Tools wie Chat GPT zu begegnen?*

Wir Freie Demokraten halten die Stärkung der digitalen Bildung für unverzichtbar. Sie muss bereits in den Kindertagesstätten beginnen, denn Kinder kommen von klein auf mit digitalen Medien in Berührung. Durch gute digitale Bildung in Kindertagesstätten und Grundschulen können eine sogenannte digitale Spaltung vermieden und mehr Kinder für MINT begeistert werden.

Wir fordern die Einrichtung eines flächendeckenden verpflichtenden Informatikunterrichts in der Sekundarstufe I bis zum Ende der nächsten Wahlperiode. Darüber hinaus wollen wir Medienkompetenz-Trainings für Schülerinnen und Schüler stärker verankern.

Für die Umsetzung der oben genannten Maßnahmen braucht es eine vergleichbare digitale Infrastruktur an allen Schulen. Diese beginnt bei einer flächendeckenden Ausstattung mit WLAN und einer zeitgemäßen schnellen Internetverbindung. Auch die Ausstattung mit der notwendigen Hard- und Software und leistungsfähigen und datenschutzkonformen Lernplattformen muss sichergestellt sein. Für eine schnelle, unbürokratische und zugleich datenschutzkonforme Verfügbarmachung digitaler Anwendungen müssen neue Formen der Qualitätssicherung geschaffen werden, mit der technologische und pädagogische Aspekte gleichermaßen berücksichtigt werden.



Da die Schulen die Situation vor Ort am besten kennen, wollen wir die Einführung eines Digitalisierungsbudgets prüfen, das die Schulen flexibel einsetzen können.

Auch den Einsatz neuer Technologien wollen wir unterstützen, denn sie haben das Potenzial, die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern zu verbessern und Lehrkräfte zu entlasten. Besondere Chancen bieten hierbei KI-gestützte Anwendungen, deren Einsatz wir mit einem speziellen Einsatzrahmen, der Einrichtung von KI-Innovationsschulen und einem Pool KI-gestützter Anwendungen fördern wollen. Die Ausstattung der Schulen mit einem nachhaltigen IT-Supportkonzept muss sichergestellt und mit ausreichend Ressourcen hinterlegt sein.

VIII. Klimaschutz und ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘

Die Klimaveränderungen sind real. Zwar hat sich Deutschland 2015 mit der Unterzeichnung der Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen zur Förderung einer ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘ (BNE) verpflichtet, doch einheitliche Standards für die Klimabildung an Schulen und die Vermittlung von Nachhaltigkeitsthemen gibt es auch in Hessen derzeit nicht. Nachhaltigkeit und Klimaaspekte müssen aber nicht nur Lerninhalte sein, sondern sie müssen auch täglich in den Schulen ‚erlebbar‘ werden. Angefangen von der schulischen Ausstattung, den Schulprogrammen bis hin zum Mittagessen. Klimaveränderungen machen zudem die Anpassung von Schulgebäuden und Schulhöfen notwendig.

- 1. Wie unterstützen Sie die Kommunen bei der Ertüchtigung der Schulen (grüne Schulhöfe, Beschattung/Isolation der Gebäude, Einbau neuer Heiz- und Lüftungsanlagen...)?*
- 2. Wann werden Sie verpflichtende Standards für die Vermittlung von Nachhaltigkeitsthemen in die hessischen Kerncurricula aufnehmen, damit sich die*



*Schüler*Innen auf die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereiten können?*

3. Wann wird BIO zum Standard bei der Schulverpflegung?

Die Bekämpfung des Klimawandels gehört zu den größten Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Dieser Realität muss auch in unseren Schulen Rechnung getragen werden. Wir Freie Demokraten befürworten daher die Aufnahme von Bildung für nachhaltige Entwicklung, die auch ökologische Fragestellungen beinhaltet, als besondere Bildungs- und Erziehungsaufgabe in das hessische Schulgesetz.

Mit der Schwerpunktsetzung "Bildung für nachhaltige Entwicklung" einhergehende Programme und Projekte wollen wir grundsätzlich weiter fördern. Vor dem Hintergrund des hohen Investitionsbedarfs bei den Schulen, sehen wir es kritisch, dass das im Koalitionsvertrag versprochene KIP-III-Programm in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr kommen wird. Wir Freie Demokraten wollen die Schulträger bei der Sanierung und Modernisierung von Schulgebäuden bedarfsgerecht mit Landesmitteln unterstützen.

IX. HSU (=herkunftssprachlichen Unterricht) und multikulturelle Bildung

Interkulturelle Bildung befähigt sowohl Lehrende als auch Lernende zum respektvollen Umgang mit Vielfalt in einer multikulturellen Gesellschaft. Dabei geht es darum, Vielfalt als gesellschaftliche Normalität wahrzunehmen, eine kritische und wertschätzende Grundhaltung einzunehmen sowie ausgrenzende, rassistische, sexistische Aussagen und Handlungsweisen zu erkennen, zu hinterfragen und dagegen aufzutreten.

1. Wie möchten Sie junge Erwachsene mit einer Einwanderungsbiografie in größerer Zahl dazu ermutigen, den Lehrerberuf zu ergreifen?



2. *Wie beabsichtigen Sie der multikulturellen Bildung und der Demokratie-Bildung in den Schulen mehr Gewicht zu geben?*

3. *Wie beabsichtigen Sie, den herkunftssprachlichen Unterricht (HSU) für die Schüler*Innen auszubauen, so dass mehr Kindern und Jugendlichen die Teilnahme wohnortnah ermöglicht wird?*

Wir Freie Demokraten halten es für sinnvoll, die Sichtbarkeit von Menschen mit Migrationshintergrund im Kontext Schule zu erhöhen. Vorhandene Werbekampagnen sollten daher einen Schwerpunkt auch bei dieser Zielgruppe legen. Engagierte Demokratinnen und Demokraten sind die Grundlage jeder Demokratie. Demokratiebildung ist daher unersetzlich für unser demokratisches System.

In der Schule ist Demokratiebildung eine fächerübergreifende Aufgabe. Grundlage sind auch hier gut ausgebildete Lehrkräfte. Wir werden prüfen, wie Demokratiebildung in der ersten und zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung gestärkt werden kann. Mehrsprachigkeit verstehen wir insgesamt als Ressource, die es zu fördern gilt. Zugewanderte Schülerinnen und Schüler bringen ihre Herkunftssprache als Kompetenz mit. Diese Kompetenz wird insbesondere durch den herkunftssprachlichen Unterricht gestärkt. Die weitere Förderung und Ausweitung des herkunftssprachlichen Unterrichts halten wir für sinnvoll, wollen aber prüfen, wie dieser zukunftsfähig weiterentwickelt werden kann.

Darüber hinaus wollen wir die Erweiterung des Fremdsprachenkatalogs um wichtige Herkunftssprachen wie Türkisch und Griechisch prüfen.



X. Inklusion

Vor über 12 Jahren hat sich Deutschland mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention zu einer inklusiven Schule verpflichtet. Kinder und Jugendliche mit Behinderung dürfen nicht mehr vom Besuch einer Regelschule ausgeschlossen werden, sondern sollen individuell gefördert werden, sonderpädagogische Unterstützungsangebote und einen adäquaten Nachteilsausgleich erhalten.

Der dramatische Lehr- und Fachkräftemangel sorgt jedoch dafür, dass die Inklusion an den Schulen nicht vorankommt und sich Eltern von inklusiv beschulten Kindern großen Herausforderungen gegenübergestellt sehen. Gerade in Hessen hat sich die sog. Exklusionsquote kaum verbessert. Inklusion findet hauptsächlich in der Grundschule statt.

- 1. Wie setzt sich Ihre Partei für eine Umsetzung der UN-Behindertenkonvention ein und schafft adäquate Lernbedingungen für alle Kinder?*
- 2. Wie beabsichtigen Sie die Inklusion auch in den weiterführenden Schulen und hier insbesondere in den Realschulen und Gymnasien voranzubringen?*

Wir Freie Demokraten stehen hinter der UN-Behindertenrechtskonvention und wollen, dass Inklusion umgesetzt wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der allgemeinen Schule unterrichtet werden. Wahlfreiheit gilt aber auch für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedarfen. Förderschulen sollen erhalten bleiben, wenn Kindern dort die bestmögliche Förderung zuteilwird.

Um gute inklusive Bildung umsetzen zu können, braucht es mehr Ressourcen für die sonderpädagogische Förderung. In Hessen gibt es verschiedene Strukturen, die miteinander verknüpft werden sollten, um Reibungsverluste zu vermeiden und Synergieeffekte zu nutzen.



MORITZ PROMNY

Mitglied des Hessischen Landtages

Wir wollen die Kapazitäten der Beratungs- und Förderzentren erhöhen und hier möglichst alle Schulformen und Bildungsgänge einbinden. Den Wissenstransfer zwischen den beteiligten Institutionen wie etwa Schulen, Beratungs- und Förderzentren, Ausbildungsstätten, Hochschulen und Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen wollen wir weiter stärken.

Fast 60% der Jugendlichen ohne Abschluss haben zuvor eine Förderschule besucht. Anschlussmöglichkeiten müssen gerade auch für diese Jugendlichen sichergestellt werden. Dafür wollen wir insbesondere in den Bildungsgängen der beruflichen Schulen die sonderpädagogische Förderung verbessern.

Dass im Lehrkräftebildungsgesetz Inklusion als Querschnittsthema hinterlegt ist, ist ein sinnvoller erster Schritt, der jedoch mit Leben gefüllt werden muss. Dabei gilt: Keine gute inklusive Bildung ohne ausreichend Lehrkräfte. Über 10.000 Lehrkräfte, die an hessischen Schulen arbeiten, sind nicht voll ausgebildet. Gerade zur Sicherstellung der sonderpädagogischen Förderung müssen ausreichend Lehrkräfte aus- fort- und weitergebildet werden.

Sehr geehrte Frau Buchberger, nochmals vielen Dank für die Möglichkeit, unsere Positionen zu den einzelnen Fragestellungen darlegen zu dürfen. Bei eventuellen Rückfragen hierzu stehe ich Ihnen gerne als Ansprechpartner zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen